

VOLKSHILFE SOZIALBAROMETER: ÖSTERREICHER WÜNSCHEN SICH RECHTSANSPRUCH AUF PFLEGE

PRÄSIDENT EWALD SACHER: "ES BRAUCHT ENDLICH LÖSUNGEN"

Ein wesentliches Zukunftsthema, eines, das die Menschen wirklich bewegt, führte im aktuellen Wahlkampf lange ein Schattendasein. „Jetzt gibt es unterschiedliche Überlegungen von den Parteien, wie die Pflege und Betreuung künftig organisiert und finanziert werden soll - aber ein nachhaltiges Gesamtkonzept können wir noch nicht erkennen“, sagt der Präsident der Volkshilfe Österreich Ewald Sacher.

Daher hat die Volkshilfe die Bevölkerung gefragt, wie sie über wesentliche Fragen im Bereich Pflege und Betreuung denken.

Soll es einen Rechtsanspruch auf ausreichende Unterstützungsleistungen durch Pflegedienste zu sozial gestaffelten Preisen geben?

Mehr als acht von zehn Befragten (86%) sind der Meinung, dass es in Zukunft in Österreich einen Rechtsanspruch auf ausreichende Unterstützungsleistungen durch Pflegedienste zu sozial gestaffelten Preisen geben soll.

„Daran kann man erkennen“, so Präsident Sacher, „wie zentral die Frage eines ausreichenden Zugangs zu Pflege- und Betreuungsleistungen für die Menschen ist. Daher fordert die Volkshilfe seit vielen Jahren einen flächendeckenden Ausbau von Unterstützungsleistungen zu sozial gestaffelten und leistbaren Konditionen.“

Ausreichende Unterstützungsangebote für an Demenz erkrankte Personen und ihre pflegenden Angehörigen?

Lediglich ein Viertel der Befragten glaubt, dass es in Österreich genügend Unterstützungsangebote für an Demenz Erkrankte gibt, eine Mehrheit von 56% der Befragten ist der Meinung, dass die Unterstützungsangebote in Österreich nicht ausreichen.

„Alle, die schon einmal in die Betreuung eines an Demenz erkrankten Menschen eingebunden waren, wissen, welche Kraftanstrengung das bedeutet. Gerade für diese Gruppe der pflegenden Angehörigen sind genügend Unterstützungsangebote in ihrer Region nahezu eine Überlebensfrage. Eine Mehrheit der Menschen in Österreich glaubt nicht, dass die derzeitigen Angebote ausreichen. Das deckt sich auch mit unseren langjährigen Erfahrungen“, stellt der Direktor der Volkshilfe Österreich Erich Fenninger fest.

VOLKSHILFE ÖSTERREICH

Auerspergstraße 4, 1010 Wien, Tel.: +43 1 402 62 09, E-Mail: office@volkshilfe.at
UID: ATU59085279, ZVR: 382399593, DVR: 0414093
IBAN: AT49 1200 0004 1807 2104, BIC: BKAUATWW

Soll es in Zukunft in jedem Bundesland die gleichen Pflegeförderungen geben?

Für viele Menschen in Österreich ist es vollkommen unverständlich, dass sie Steuern und Sozialversicherungsbeträge in gleicher Höhe bezahlen, dafür aber völlig unterschiedliche Leistungen in Anspruch nehmen können, beziehungsweise gefördert bekommen. Daher gibt es 85% Zustimmung zur Frage, ob es in jedem Bundesland die gleichen Förderungen geben soll.

Soll es ein Ausbildungsangebot für Pflegeberufe nach Ende der Schulpflicht geben?

Die Herausforderungen im Bereich Pflege und Betreuung sind schon jetzt sehr hoch. Das WIFO errechnete im Jahr 2017 im Bereich der mobilen und stationären Pflege und Betreuung bis 2030 rund 24.000 und bis 2050 79.000 zusätzliche Pflegekräfte, die für die menschenwürdige Bewältigung dieser Herausforderung benötigt werden. Es wird umfassende Maßnahmen brauchen, um diese MitarbeiterInnen auszubilden und im Beruf zu halten. Eine dieser Maßnahmen könnte eine berufsbildende Höhere und Mittlere Schule mit dem Schwerpunkt Pflege- und Betreuungsberufe sein. Damit junge Menschen durch die Wartezeit auf eine Ausbildung nicht ihr Interesse verlieren. Mehr als acht von zehn Befragten (82%) sind der Meinung, dass es in Zukunft ein solches Ausbildungsangebot für Pflegeberufe direkt nach der Schulpflicht geben soll.

Halten Sie den Pflegeberuf im Allgemeinen für ein attraktives Berufsfeld?

Ja, sagen die Menschen in Österreich. Eine deutliche Mehrheit von 56% hält den Pflegeberuf für ein attraktives Berufsbild. Das zeigt, so Fenninger abschließend, „dass die Politik gefordert ist, die Rahmenbedingungen für die Ausübung eines attraktiven Berufsfelds zu verbessern, um die Herausforderung bewältigen zu können. Und der Volkshilfe Sozialbarometer zeigt auch, dass die Menschen von der Politik echte Antworten erwarten. Sie wünschen sich einen Rechtsanspruch auf Pflege, damit sie eine Zukunftssorge weniger haben.“

Hinweise zur Studie

Für den Volkshilfe Sozialbarometer führt SORA mehrmals jährlich eine repräsentative Befragung zu aktuellen sozialpolitischen Themen durch. Die vorliegende Studie zum Thema „Pflege“ beruht auf 1.015 face-to-face Interviews österreichweit mit Personen ab 15 Jahren. Die maximale Schwankungsbreite für die dargestellten Ergebnisse liegt bei +/- 3,1%.

VOLKSHILFE ÖSTERREICH

Auerspergstraße 4, 1010 Wien, Tel.: +43 1 402 62 09, E-Mail: office@volkshilfe.at
UID: ATU59085279, ZVR: 382399593, DVR: 0414093
IBAN: AT49 1200 0004 1807 2104, BIC: BKAUATWW

Die Volkshilfe im Bereich Demenz

Die Volkshilfe setzt in ganz Österreich unterschiedliche Schwerpunkte im Bereich Demenz. Mit Demenzdiagnostik, Demenzberatung, mobiler Demenzbetreuung und multiprofessionellen Demenzteams sowie Tageszentren und Stammtische für pflegende Angehörige werden nicht nur Betroffene, sondern auch ihre Angehörigen betreut. Klettern gehört genauso zu den angebotenen Therapieformen wie Gedächtnistraining, Gartenarbeit oder Bewegungstraining. Mit dem Fonds Demenzhilfe Österreich werden Betroffene außerdem finanziell unterstützt. Nicht zuletzt setzt sich die Volkshilfe mit Medien- und Kampagnenarbeit anwaltschaftlich für an Demenz Erkrankte und ihre pflegenden Angehörigen ein.

Für Rückfragen:

Erwin Berger, MAS

Leiter Kommunikation Volkshilfe Österreich

E-Mail: erwin.berger@volkshilfe.at

M: ++43 676 83 402 215

Wien, 17. September 2019

VOLKSHILFE ÖSTERREICH

Auerspergstraße 4, 1010 Wien, Tel.: +43 1 402 62 09, E-Mail: office@volkshilfe.at
UID: ATU59085279, ZVR: 382399593, DVR: 0414093
IBAN: AT49 1200 0004 1807 2104, BIC: BKAUATWW

www.volkshilfe.at